
Bürgerdialog Standortsuche der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

Die Fokusgruppe zum Thema “Sollte die Bundesregierung Bau, Betrieb und Kontrolle von Endlagern neu organisieren?” und ihre Ergebnisse

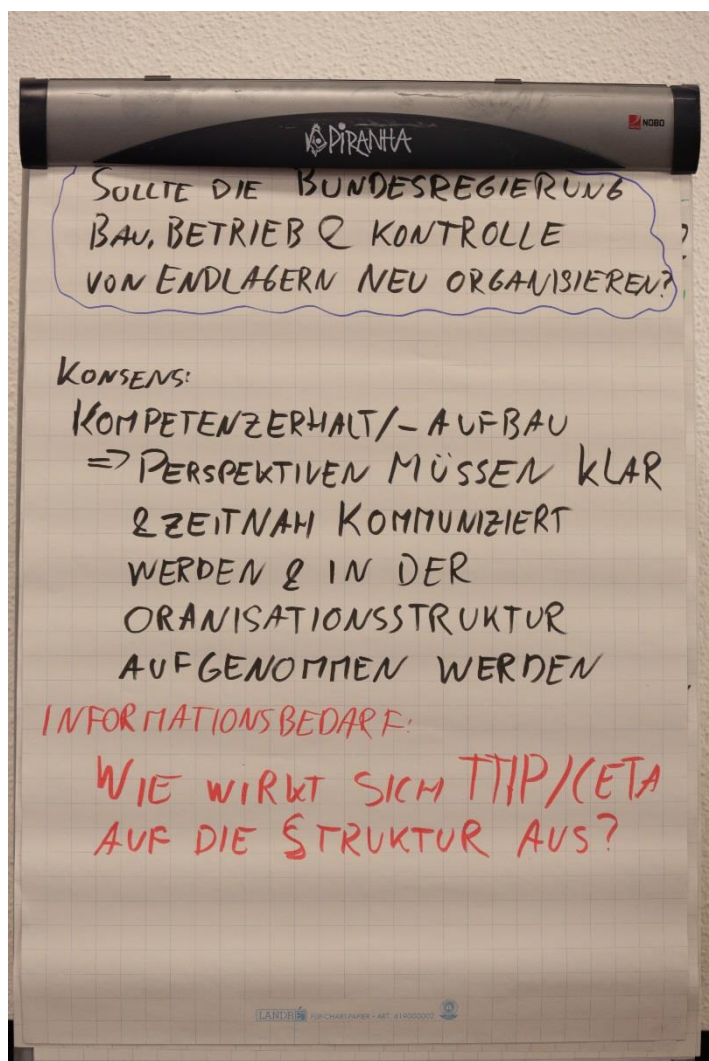
| |
|---|
| <p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-MAT 32</p> |
|---|

Bürgerdialog Standortsuche der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

Fokusgruppe zum Thema: „Sollte die Bundesregierung Bau, Betrieb und Kontrolle von Endlagern neu organisieren?“

Diskussionsthema der Fokusgruppe war die Struktur der verschiedenen Behörden und Gesellschaften, die in Deutschland für Bau, Betrieb und Kontrolle von Endlagern zuständig sind. Zur Debatte stand der Beschluss der Endlager-Kommission, der eine neue einfachere Behördenstruktur verlangt und als Handlungsempfehlung dem Bundesumweltministerium übermittelt wurde. Die Fokusgruppe befasste sich näher mit der Ausgestaltung des neuen rein staatlichen Betreiberunternehmens für Atommülllager und mit der neuen einheitlichen Kontrollbehörde, die die Lager nach den Vorstellungen der Kommission beaufsichtigen soll.

Ergebnisse der Debatte hielt die Moderatorin nach der Diskussion in Stichworten fest. Hier zwei Fotos der Stichworte:



DISSENS

BETREIBERGESELLSCHAFT
NICHT BEIM GLEICHEN
MINISTERIUM WIE GENEHMIGUNG
GENEHMIGUNGSBEHÖRDE

VS.

BETREIBERGESELLSCHAFT
NICHT IM BMB, DA GRÖßTER
STAÄTLICHER ABFALLBESITZER

Das Kommissionsmitglied Klaus Brunsmeier führte mit folgendem Kurzreferat in das Thema ein:

Neue Behördenstruktur

Input von Klaus Brunsmeier (BUND)

Die Behördenstruktur des Standortauswahlgesetzes wurde auch vom BUND kritisiert. Die Gründung eines neuen Bundesamtes, ein Suchverfahren in dem dann zwei Bundesämter mit unterschiedlichen Aufgaben agieren, führt zu umfangreichen Unklarheiten und Widersprüchen. Außerdem gibt es aktuell das Problem, dass sich das Bundesamt für Strahlenschutz für seine Betreiberaufgaben oft auf private Unternehmen wie die DBE als Verwaltungshelfer stützt. Damit kommt Unternehmen, die im Mehrheitsbesitz der Abfallverursacher sind, eine wesentliche Rolle bei der Atommüll-Lagerung zu. Dies ist aus Sicht des BUND nicht mit einem ernstgemeinsten Neustart der „Endlagersuche“ zu vereinbaren. Deshalb hat der BUND in der Kommission für einen Beschluss für eine neue und bessere Behördenstruktur geworben.

Nach intensiver Diskussion wurde im Konsens von der Kommission ein Vorschlag für eine neue Behördenstruktur beschlossen. Für die Betreiberfunktion der jetzigen und zukünftigen Atommüll-Lagerprojekte soll ein neues Unternehmen gegründet werden, das zu 100 Prozent im Bundeseigentum ist und für das eine Privatisierung ausgeschlossen ist. In dieses Unternehmen sollen die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE), die Asse GmbH und Teile des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) integriert werden. Es soll zukünftig im Standortauswahlgesetz (StandAG) nur noch eine Behörde geben, die die Aufsichts- und Regulierungsfunktion übernimmt. Der Vorschlag wurde in der Arbeitsgruppe Evaluierung erarbeitet. Der Vorschlag greift die wesentlichen Kritikpunkte am derzeitigen StandAG zur Behördenstruktur des BUND auf und löst die umfangreichen Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten der Zuständigkeiten der Bundesämter.

Dieser Vorschlag wurde jetzt als Handlungsempfehlung an das BMUB übermittelt. Die Kommission will bei der weiteren Umsetzung beteiligt bleiben und will ihrerseits die Öffentlichkeit an der Diskussion dieses Vorschlages beteiligen.